
John Breuilly

Die Voraussetzungen erfolgreicher Nationalbewegungen

I.

Mit vorliegender Untersuchung sollen die Voraussetzungen herausgearbeitet werden, unter welchen der Appell an die nationale Identität zur Schaffung von Staatlichkeit beitragen bzw. das Seine tun kann, damit staatliche Macht zu gesamtgesellschaftlicher Kohäsion, wirtschaftlichem Wachstum und einer wirksamen Repräsentanz auf internationaler Ebene führt. Die verschiedenen Erscheinungsformen solcher Appelle entwickeln sich im Kontext sowohl regierungszugehöriger als auch oppositioneller politischer Bewegungen. Innerhalb einer politischen Bewegung können Appelle an die nationale Identität drei Funktionen erfüllen: Sie können verschiedenen Elitengruppen helfen, zu einer effizienten Zusammenarbeit zu gelangen; sie können dazu beitragen, die Unterstützung einer breiten Öffentlichkeit zu mobilisieren, und sie können die politische Anerkennung und Unterstützung durch andere Staaten vorantreiben. Eine vergleichende Studie über die Voraussetzungen für erfolgreiche Nationalbewegungen ist daher insofern angebracht, als sie die Grundlage für sinnvolle allgemeingültige Aussagen liefern kann. Solange die Auffassung vorherrscht, jede sich der Sprache des Nationalismus bedienende und dessen Werte hochhaltende politische Bewegung sei nationalistisch – wie schwach und unbedeutend sie auch sei – bzw. solange nationale Bewegungen im wesentlichen als eine Reihe für sich allein stehender Fälle betrachtet werden, ist der Beliebigkeit der Interpretation im Grunde keine Grenze gesetzt.¹

Nur wenn ein Staat schwach ist, kann auch eine schwache oppositionelle Nationalbewegung mit Erfolg ihre eigene Staatsfähigkeit gegenüber den bestehenden Strukturen durchsetzen. Ist diese innere Schwäche nicht gegeben, können selbst stärkere nationale Bewegungen erfolglos bleiben. Wo das soziale Band eng gewoben ist, wirtschaftlicher Wohlstand herrscht oder die Landesgrenzen sowie internationale Anerkennung gesichert sind, besteht nur wenig Bedarf an ausdrücklichen Appellen an die nationale Identität und Einheit. Liegen diese jedoch nicht vor, kann ein nachdrücklicher Aufruf zur nationalen Identität und Einheit negative wie positive Reaktionen hervorrufen; wo aufgrund mangelnder Stabilität und brüchiger

¹ Elitekoordination, Öffentlichkeitsmobilisierung und Staatslegitimation als staatspolitische Funktionen kommen in meinem Buch *Nationalism and the State*, Manchester/Chicago 1993 ausführlich – und im Vergleich vor dem Hintergrund zahlreicher Fallstudien – zur Darstellung.

Machtverhältnisse Gewalt und Kriegführung der Politik als hauptsächlichem Konfliktmodus den Rang ablaufen, wird sich auch der Charakter des Nationalismus verändern.

All dies deutet darauf hin, daß das soziale und wirtschaftliche Umfeld aktiv gewordener Nationalbewegungen sowie die politischen und militärischen Ressourcen, die diesen Kräften und dem Staat, gegen den sie sich stellen, zur Verfügung stehen, einer genaueren Analyse bedürfen, bevor verstanden werden kann, worin der Sinn und die Bedeutung eines nationalistischen Diskurses liegen. Im ersten Teil meines Beitrags sollen daher zunächst die verschiedenen Ansätze skizziert werden, die bisher zum Verständnis des Phänomens des Nationalismus ins Feld geführt worden sind. Ein Vergleich dieser Ansätze wird unter ihnen jene aufzeigen, denen ich selbst den Vorzug gebe. Im Anschluß daran sollen zwei sehr unterschiedliche nationale Bewegungen gegenübergestellt und einige Schlußfolgerungen darüber entwickelt werden, wie vergleichende Fallstudien und die Frage nach den Diskursinhalten (d.h. nach der Rolle kultureller Einflüsse beim Zustandekommen nationaler Identität und sich daraus ergebender Aktionen) und struktur- sowie kontextbetonenden Ansätzen zum Verständnis nationaler Bewegungen beitragen können.

II.

Die weite Spanne möglicher Bedeutungen der Begriffe „Voraussetzungen“, „erfolgreich“ und „Nationalismus“ und die Vielfalt relevanter Kontexte macht die genauere Beschreibung einzelner Ansätze und Fallbeispiele erforderlich.

Ich möchte daher sehr weitgefaßt vier Ansätze zum Verständnis des Phänomens „Nationalismus“ unterscheiden: den *nationalistischen*, den *perennialistischen*, den *modernistischen* und den *postmodernistischen*.²

1. Der nationalistische Ansatz

Der nationalistische Ansatz geht davon aus, daß es zunächst Nationen und dann erst nationale Bewegungen gibt.

Eine Schwierigkeit in diesem Konzept ist die Zahl potentieller oder gescheiterter Nationen. Für Apologeten erfolgreicher moderner Nationen (Bevölkerungen also, die eine gesicherte Staatlichkeit sowie einen breiten Konsens darüber erreicht haben, daß ihr Staat ein Nationalstaat ist) ist es nicht schwer, Teleologien zu konstruieren, die ganz zu ihrer Zufriedenheit

2 Eine genauere Darstellung dieser Ansätze findet sich in „Nationalism and the State“ (siehe insb. die Einleitung und den Anhang „Approaches to Nationalism“), ebenso in: *Approaches to Nationalism*, in: *Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien*, hrsg. von E. Schmidt-Hartmann, München 1994, S. 15-38. Neudruck in: *Mapping the Nation*, hrsg. von G. Balakrishnan, London 1996, S. 146-174.

Zeugnis davon ablegen, daß der Erfolg ihrer Nation der prädestinierte Höhepunkt einer langen nationalen Geschichte ist. Diese Geschichte ist nie sehr erfreulich, wird jedoch durch ihren Erfolg plausibel. Indirekt können solche teleologischen Deutungen in Frage gestellt werden, indem man auf die Perioden in der Geschichte des jeweiligen nationalen Territoriums hinweist, in denen sie Bezüge zu anderen Nationen einschlossen (z.B. Bretonen, Picarden, Schwaben oder Preußen) und es schwer ist, deutliche Unterschiede zwischen diesen und der erfolgreichen Nation festzustellen. Dies zeigt, wie wichtig vergleichende Untersuchungen für die Überprüfung von Aussagen über Nationen und Nationalismen sind. Zuweilen konstruieren Nationalisten ihre Argumente freilich auch so, daß deren Gegenteil nicht bewiesen werden kann: z.B. dann, wenn sie sich auf einen „nationalen“ Wesenskern berufen, der selbst dann vorhanden sein soll, wenn er weder in der Sprache noch im Tun der betreffenden Nation unmittelbar erkennbar ist. Ideologisch gefärbten Argumenten wie diesem ist im Rahmen eines sachlichen Streitgesprächs natürlich nicht beizukommen.

2. Der perennialistische Ansatz

Dieser Ansatz sieht Nationalismen als Phänomen der Moderne, dessen Entstehen nur im Lichte spezifisch moderner Entwicklungen wie Proletariats- und Klassenpolitik, städtische und industrielle Wirtschaft, bürokratischen Staatsstrukturen und Massenkommunikationssystemen erklärbar ist. Gleichzeitig meinen die Vertreter dieses Ansatzes, daß eine moderne Politik des Nationalismus nur dann Erfolg verspricht, wenn sie auf einer überkommenen Grundlage nationaler Identität aufbauen kann. Vorstellungen von einer Gemeinschaft mit gesetzlich verankerter Einheit, politischer Souveränität und wirtschaftlicher Autonomie innerhalb eines klar begrenzten Territoriums können für sie zwar modern sein, doch werden diese Entwicklungen auf eine frühere Gemeinschaft mit gemeinsamer Kultur (Sprache, Religion, Geschichte) zurückgeführt. Während also beim nationalistischen Ansatz das Vorhandensein der Nation als hinreichende Bedingung für das Aufkommen einer nationalen Bewegung gilt, betrachten die Verfechter des perennialistischen Ansatzes die Nation als eine notwendige Voraussetzung. Der perennialistische Ansatz kann gescheiterte nationale Bewegungen in sein Untersuchungsspektrum einbeziehen, weil er argumentiert, daß das zu solchen Bewegungen gehörende Gefühl nationaler Identität in solchen Fällen nicht stark genug gewesen ist, und/oder daß weitere moderne Bedingungen für das Erwachen eines erfolgreichen Nationalismus nur ungenügend vorhanden waren.

Eine kritisch-vergleichende Bewertung dieses Ansatzes müßte insbesondere der Frage nachgehen, ob es ein meßbares Niveau nationaler Identität gibt, unter dem kein erfolgreicher Nationalismus zu erwarten ist.

Sollte es ein solches Niveau nicht geben, wird der perennialistische Standpunkt vom Prinzip her unhaltbar.³

3. Der modernistische Ansatz

Dieser Ansatz verlagert den Schwerpunkt von der Nation als einer präexistenter Grundlage für nationale Bewegungen auf spezifische Merkmale der Moderne, die zu nationalen Bewegungen führten und, sofern sie erfolgreich waren, ein starkes und weithin geteiltes Bewußtsein nationaler Identität hervorbrachten. Zwar wird aus der Perspektive dieses Ansatzes den Perennialisten zugestanden, daß eine gemeinsame Sprache oder Religion das Entstehen von nationalem Bewußtsein und einer hieraus erwachsenden nationalen Bewegung fördern bzw. nicht behindern können, man hält diese Faktoren jedoch nicht für unerläßlich. Viel wichtiger seien die nationalen Interessen und Identitäten konstruierenden Prozesse, wie die Bildung eines modernen territorialen, partizipatorischen Staates, eines Massenbildungswesens sowie die Beseitigung innergesellschaftlicher Segmentation zugunsten einer Gesellschaft, in der jedem einzelnen, zumindest theoretisch, die verschiedensten sozialen Positionen offenstehen. Der Prüfstein dieses Ansatzes wäre der Nachweis, daß Nationalismus sowie die Entwicklung einer in der Bevölkerung weit verbreiteten nationalen Mentalität *tatsächlich* im Verband mit Modernisierungsprozessen entstehen, daß sie jedoch schwach sind, wo diese Prozesse schwach sind, und daß sie dort, wo letztere die notwendige Stärke besitzen, unabhängig vom Niveau und der Tiefe eines etwaigen vorausgehenden Empfindens nationaler Zusammengehörigkeit, aufkommen können. Auch hier kann nur eine vergleichende Studie sichere Antworten liefern.

4. Der postmodernistische Ansatz

Obwohl die von Benedict Anderson geprägte Formulierung von den „imaginierten Gemeinschaften“⁴ eher modern als postmodern ist, kann sie in postmodernistischer Deutung gebraucht werden, weil hier der Nachdruck auf der Konstruktion eines Diskurses nationaler Identität liegt. Das Forschungsfeld der „Erfindung“ von Nationalität ist gerade erst in der Erschließung begriffen. Komponisten, Dichter, Bildhauer, Architekten und Organisatoren kultureller Ereignisse, die Feste und gesellschaftliche Rituale einführen, spielen in diesem Zusammenhang eine herausragende Rolle. Sie tragen dazu bei, daß sich eine breitere Öffentlichkeit eine Ge-

3 Im weiteren möchte ich die nationalistische Position aus meinen Überlegungen ausklammern und nur noch den perennialistischen Ansatz mit einbeziehen, da allein letzterer dem nahekommt, was Ewa Morawska (vgl. ihren Beitrag in diesem Heft) die *primordialistische* Interpretation der Ethnizität genannt hat.

4 Vgl. B. Anderson, *Imagined Communities. Reflections on the Origins and Spread of Nationalism*, London 1983. Die deutsche Übersetzung „Die Erfindung der Nation“ (Frankfurt a. M. 1993) gibt den englischen Titel nur unvollkommen wieder.

meinschaft rein imaginärer Natur „konstruiert“; die Nation *ist* das Konstrukt der Phantasie. Dabei ist es gleichgültig, ob diese imaginierte nationale Identität wahr oder falsch ist. Worauf es ankommt, ist die Form und die Wirkkraft der Imagination. Nationale Identität ist flüchtig und unbeständig und bietet sich in wechselnden und umstrittenen Formen dar.

Im Unterschied zum nationalistischen und perennialistischen Ansatz liegt hier der Akzent auf den Nationalisten, sofern mit Nationalisten jene gemeint sind, ilie bei der Gestaltung des nationalen Diskurses die führende Rolle spielen. Vom modernistischen Ansatz unterscheidet sich dieser Standpunkt insofern, als er dem Gedanken von der verursachenden Rolle umfassender Modernisierungsprozesse und -interessen mit Skepsis begegnet. Die Schwierigkeit bei diesem Ansatz liegt darin, daß nicht ersichtlich ist, wie man jenseits der einfachen Beschreibung zur Analyse oder Erklärung kommen kann – zur Untersuchung der Frage also, weshalb eine Art des Diskurses erfolgreich ist und eine andere nicht. Es fragt sich in der Tat, nach welchen Maßstäben verschiedene Diskurse zu bewerten sind. Nur ein Vergleich kann versuchen, nicht nur diejenigen Situationen zu identifizieren, aus welchen gewisse Typen des nationalen Diskurses erwachsen, sondern auch solche, in deren Rahmen ein Diskurs besonders attraktiv oder überzeugend wird. Ob sich der Vergleich als direkterer Weg für eine Analyse des Diskurses als solchem empfiehlt, soll im Zusammenhang mit dem Problem dessen, was ich „die Ambivalenz des imperialen Nationalismus“ nennen möchte, noch zur Sprache kommen.

Jeder der genannten Ansätze umfaßt verschiedene Positionen. So können die ersten drei Ansätze kulturelle Elemente wie Sprache und Religion in den Vordergrund rücken oder nicht. Manche marxistische Nationalisten haben z.B. versucht, im Rahmen des Konzepts einer internationalen Arbeitsteilung „objektive“ nationale Gruppen zu identifizieren, während andere die gemeinsame Sprache oder Religion hervorhoben; Perennialisten wiederum unterstreichen manchmal die nationalen Unterschiede auf dem Sozial- und Wirtschaftssektor oder sie verweisen auf die Hartnäckigkeit bestimmter Mythen, Symbole oder auf andere, das kollektive Bewußtsein einer bestimmten Bevölkerung nährenden Traditionen. Manche Modernisten halten das Entstehen einer nationalistischen Intelligenzija, neuer Kommunikationsmuster sowie die Aufnahmebereitschaft einer kulturell wurzellosen Bevölkerung, an die diese Intelligenzija ihre nationalistischen Appelle richten kann, für das ausschlaggebende Element. Andere wiederum konzentrieren sich darauf, wie eine städtisch-industrielle Wirtschaft, eine mächtige Bürokratie und die Herausbildung einer territorial definierten Staatsangehörigkeit im Diskurs und der Politik des Nationalismus „reflektiert“ werden. Diese Ansätze sind also nicht zwangsläufig an bestimmte Analysemethoden gebunden. Nur der postmodernistische Ansatz scheint jegliche Art von spezifischen Vorbedingungen oder nichtdiskursi-

ven Voraussetzungen prinzipiell beiseite zu lassen und ausschließlich die Eigendynamik kultureller Aktivitäten gelten zu lassen.

Im folgenden sollen die Vorteile eines Ansatzes vorgestellt werden, der modernistische, strukturalistische, pluralistische, institutionelle und vergleichende Aspekte in sich vereint. Der Begriff „modernistisch“ ist schon erläutert worden. „Pluralistisch“ in unserem Zusammenhang bedeutet, daß nicht einem bestimmten (politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen) Strukturtyp größere Bedeutung beigemessen wird als den anderen. Mit „institutionell“ meine ich, daß ein weithin fußfassendes Identitätsempfinden nur im Verband mit vorgegebenen sozialen Beziehungs- und Verhaltensmustern generiert werden kann, die sich aus der Funktionsweise schon bestehender Institutionen – und weniger aus der vagen Idee einer „gemeinsamen Lebensart“ – ergeben. Nationale Bewegungen dieses Typs sind entweder sehr fragil oder sie stellen bestimmte Eigenschaften dieser Institutionen in den Vordergrund, suchen dies aber auf dem Niveau der Sprache zu verschleiern. „Strukturalistisch“ heißt für mich, daß der Begriff der Modernisierung auf eine die funktionale Spezialisierung betonende strukturelle Transformation verweist, d.h. auf die Arbeitsteilung zwischen den kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Handlungsfeldern in der Gesellschaft, aber auch innerhalb jedes dieser großen Bereiche. Nur in diesem Umfeld bekommt Nationalismus seine moderne Bedeutung. Auch hier können nur geordnete Vergleiche die bloße Beschreibung der Fälle zur Analyse und Erklärbarkeit führen.

III. Auswahl von Fallstudien

Nationale Bewegungen bedienen sich einer bestimmten Sprache, und diese Sprache erhebt den Anspruch, die Bedürfnisse und Interessen einer bestimmten Kollektivität – der Nation – auszudrücken. Im Diskurs nationaler Bewegungen sind Nationen kulturelle Konstrukte, also Gemeinschaften mit gemeinsamem Identitätsgefühl. Letzteres wird gewöhnlich nicht nur als subjektive Bindung verstanden, sondern bezieht sich auch auf gewisse beständige Eigenschaften, die über das einzelne Individuum hinausreichen und dieses verankern. Diese beständigen Eigenschaften können in einer gemeinsamen Sprache oder Religion, gemeinsamen sozialen Praktiken, einer bestimmten Lebensart und Wertordnung sowie gemeinsamen Interessen gegenüber Außenstehenden bestehen.

Für den perennialistisch denkenden Historiker und Sozialwissenschaftler ist eine sich über diese realen und symbolischen Kennzeichen definierende Nation die Voraussetzung für eine nationale Bewegung. Postmoderne Denker sehen dagegen in der Konstruktion des nationalen Diskurses innerhalb wie jenseits der nationalen Bewegung den Gegenstand, dem die zentrale Aufmerksamkeit gelten müsse.

Beide Ansätze sind m.E. mit Skepsis zu betrachten. Der von den Perennialisten angenommene Ausgangspunkt scheint mir weitgehend ein Kon-

strukt der nationalen Imagination zu sein. Erfolgreiche nationale Bewegungen wurzeln oft nur in höchst schemenhaft und nicht mehr greifbaren historischen Gegebenheiten – oder sind die historischen (realen oder symbolischen) Voraussetzungen des schottischen Nationalismus etwa so viel fundierter als die des walisischen, obwohl der schottische Nationalismus doch eine viel größere Bedeutung hat? Oder besaßen die an der Peripherie der modernen westeuropäischen Nationalstaaten liegenden Regionen (Cornwall, das spanische Galizien, das Languedoc, Bayern, Sizilien) etwa eine weniger entwickelte Basis (politische Institutionen, Sprache bzw. Dialekte, gemeinsame Mythen usw.) für die Herausbildung einer nationalen Identität als die Kerngebiete, die ihre Institutionen und Sprachen (Standardenglisch, Hochdeutsch, toskanisches Italienisch) erfolgreich auf ein größeres „nationales“ Territorium projizierten? Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, wie weit man in die Vergangenheit zurückgeht. Im Falle der großen Nationalstaaten wird sich spätestens seit Beginn der Frühen Neuzeit ein Kerngebiet innerhalb eines nationalen Territoriums ausmachen lassen. Aber diese Sichtweise würden einige Perennialisten nicht akzeptieren. Hinzu kommt, daß es für die vornationale Zeit einen Unterschied zu machen gilt zwischen Bevölkerungen, die in einer größeren Nation aufgingen, und solchen, die aufgrund einer eigenen nationalen Identität der Absorption widerstanden. Daher wären aus perennialistischer Sicht die Bayern als „Protodeutsche“ und die Böhmen als „Protoschechen“ zu verstehen. Und doch: Für keines dieser Völker gibt es einen zwingenden Grund, irgendwelche Unterschiede zwischen sich und anderen umliegenden Völkerschaften für die Zeit vor etwa 1500 zu postulieren. Nach dieser Zeit ist die perennialistische Position m.E. ohnehin nicht mehr relevant, da die nationale Identität formenden und zur Staatsbildung beitragenden Prozesse seitdem anhand des modernistischen Ansatzes verstanden werden können.⁵

Darüber hinaus kann der Diskurs der nationalen Bewegung mit der politischen Situation, in der sich diese entfaltet, sowie dem Regierungstyp, und den von der nationalen Bewegung ausgehenden Bemühungen um Unterstützung von außen in Verbindung gebracht werden. Der kreative Einsatz von Sprache, Symbolik, öffentlichen Zeremonien und Festlichkeiten ist sicherlich ebenfalls von größter Signifikanz, doch nur wenn diese alle fest in den Interessenkontext und das wechselnde Machtgleichgewicht integriert sind. Wir wissen aus Vergleichen, daß nationale Bewegungen mit ähnlichem politischem, aber unterschiedlichem kulturellem Hintergrund ihren nationalistischen Diskurs auf vergleichbare Weise benützen. Nationalistische Diskurse bilden daher in erster Linie eine taktische und strategische Reaktion auf eine umgebende politische Situation.

5 Diese Prozesse sind im Hinblick auf das moderne England und Frankreich in Kap. 3 meines Buches „Nationalism and the State“ näher umrissen.

Solche Situationen werden m.E. am besten über den modernistischen Ansatz erfaßt. Dies soll nun an zwei Fallstudien demonstriert werden: den nach staatlicher Einigung strebenden nationalen Bewegungen Mitte des 19. Jahrhunderts und den postsowjetischen nationalen Bewegungen unserer Tage in Ostmitteleuropa. Ich traf diese Auswahl angesichts der umfassenden epochalen Veränderungen, die aufgrund dieser Geschehnisse über mehr als ein Jahrhundert zu beobachten waren, sowie aus dem Bedürfnis heraus, mich des Vorwurfs zu erwehren, ich hätte meine Auswahl in einem zu engen Umfeld getroffen, und meine Postulate ergäben nur in diesem engen Umfeld – wenn überhaupt – einen Sinn. Nach diesem Vergleich sollen einige Schlußfolgerungen verschiedene Anhaltspunkte dafür liefern, wie das Wesen und die Wirkkraft nationaler Bewegungen verstanden werden können.

IV. Die nationalen Einigungsbewegungen des 19. Jahrhunderts

Es sollen nun die erfolgreichen nationalen Bewegungen Deutschlands und Italiens zur Sprache kommen. Leider gestattet es der enge Rahmen des vorliegenden Essays nicht, auf die gescheiterte nationale Bewegung Polens einzugehen, obwohl der nationale Diskurs, die politische Führungsfähigkeit und die in den Augen westlicher Länder erreichte staatliche Legitimität in diesem Land größere Fortschritte erzielt hatten als in Deutschland oder Italien. Aber in Polen unterlag der aufstrebende Nationalismus aufgrund der territorialen Aufteilung des Landes einer Fragmentierung. Das Kernstück der national-polnischen Reaktion befand sich in dem von Rußland kontrollierten Kongreß-Polen, vermochte es aber nie, seine Aktivitäten mit national ausgerichteten Kräften im habsburgischen Galizien oder in den preußischen Gebieten des Großherzogtums Posen und Westpreußen zu koordinieren.⁶

In Deutschland und Italien stieß die nationale Bewegung vor 1848 auf ein nur geringes Echo. Die sich nicht nur durch die einzelnen Staaten, sondern auch durch die verschiedenen Regionen innerhalb dieser Staaten ziehende territoriale Aufsplitterung, die politische Polarisierung zwischen liberalen und radikalen Kräften und die staatlichen Repressionen zeigen, daß es über die Grenzen der Staaten hinaus und zwischen den verschiedenen Gruppen der oppositionellen Elite keine koordinierte Führung gab.

Die Elemente, die sich in dieser frühen Phase von der nationalen Bewegung angezogen fühlten, kamen nicht selten aus dem antimodernistischen, ja restaurativen Lager. Das deutsche Mittelalter idealisierende deutsche Studenten verhielten sich gezielt reaktionär. In verschiedenen, aus der napoleonischen Umgestaltung erwachsenen Staaten sammelten sich elitäre Gruppen um nationale Programme als Teil einer Reaktion rein lokalen Charakters gegen die neuen Regierungen.

6 Die Nationalismen Deutschlands, Italiens und Polens sind in Kap. 4 von „Nationalism and the State“ dargestellt.

Aus nationalistischer oder perennialistischer Sicht gab es damals eine Art kultureller Identität, an die appelliert werden konnte. Existierte doch eine gemeinsame Literatursprache (obwohl auf populärer und alltags-sprachlicher Ebene viele verschiedene, ein gegenseitiges Verständnis ausschließende Dialekte zu finden waren) sowie ein politisch-territoriales Konzept von „Deutschland“ bzw. „Italien“. Im Falle Deutschlands hatte sich dieses Konzept in jüngerer Vergangenheit auf institutioneller Ebene sogar verfestigt (das Heilige Römische Reich deutscher Nation, der napoleonische Rheinbund und der nach 1814 gegründete Deutsche Bund). Aber die deutsche Literatursprache wurde kein Vehikel für die nationale Bewegung, denn die mit der Förderung einer „reinen“ Sprache in Zusammenhang stehenden, kulturbezogenen und elitistisch denkenden Kreise unterminierten jede wirksame politische Aktion, weil sich in Deutschland die während und nach 1848 Gestalt annehmenden neuen Formen des Nationalismus in Opposition zu den bestehenden Institutionen stellten. In Italien gab es überhaupt keine Institutionen, auf die man stärkend oder oppositionell hätte einwirken können.

Für die Zeit nach 1848 sehe ich eine wachsende Divergenz zwischen den nationalen Bewegungen Deutschlands und Italiens. In Deutschland wurde die institutionelle Modernisierung mit Projekten wie dem Zollverein (1834), dem preußischen Konstitutionalismus (1848), bi- und multilateralen Abkommen über grenzüberschreitende Personenmobilität und die schnelle Ausweitung eines Netzes kultureller Vereinigungen (Arbeiterbildungsvereine, Gesangs-, Gymnastik- oder Schützenvereine, Berufsgruppenvereinigungen von Juristen und Ärzten) vorangetrieben. All diese Entwicklungen schufen die Voraussetzungen für eine moderne und zunehmend populistische nationale Bewegung mit ihrem Schwerpunkt in den protestantischen Gebieten Nord- und Mitteldeutschlands. Dachorganisationen wie der 1859 gegründete Nationalverein zogen ihre Kräfte aus den durch diese mannigfaltigen Institutionen mobilisierten Wahlkreisen, konnten dadurch über die Landesgrenzen hinausgreifen und gemäßigte, aber auch radikalere Eliten zusammenbringen.

Demgegenüber blieb die nationale Bewegung in Italien polarisiert und fragmentiert und – im Anschluß an die Niederlage von 1848 und die darauffolgenden Repressionen – sogar aktionsunfähiger als zuvor. Der Nationalverein war hier vor allem in Piemont vertreten, in anderen Provinzen aber auf eine nur kleine politische Elite beschränkt. Nicht zuletzt lag das wichtigste Hindernis für die italienischen Nationalisten in dem „fremden“ Staat Österreich-Ungarn. In Deutschland hatte man mit zwei „deutschen“ Regierungen zu rechnen: der österreichischen und der preußischen. Dafür erfuhr die italienische nationale Bewegung viel größeren Zuspruch in der öffentlichen Meinung der westlichen Welt und – besonders nach der Machtübernahme durch Louis Napoléon in Frankreich – auch seitens der westeuropäischen Regierungen.

Das Resultat dieser unterschiedlichen Entwicklungen war, daß die Einheit Italiens in höchstem Maße von Handlungen fremder Staaten abhing – und dabei insbesondere vom Sieg Frankreichs über Österreich im Krieg von 1859 sowie dem Zusammenbruch des Königreichs beider Sizilien angesichts der Invasion Garibaldi's (dies allerdings aufgrund von Zusammenhängen, die wenig mit dessen nationalen Zielsetzungen zu tun hatten). Nach diesen Ereignissen konnte Piemont seinen Einfluß auch in anderen Teilen der Halbinsel geltend machen. Dabei versuchte es, seine im Verhältnis zum Rest des Landes schwache politische Position, aber auch die der nationalen Bewegung innewohnende Schwäche dadurch auszugleichen, daß es stark zentralisierte und elitäre konstitutionelle sowie administrative Einrichtungen ins Leben rief. Dennoch blieb die italienische Politik zersplittert und lokaler Natur, und es war schwierig, auf effiziente Weise eine Nation aufzubauen: Regionale Konflikte und Rivalitäten zwischen den Eliten mit geringem Rückhalt im Volk bestimmten noch lange nach der offiziellen Einigung die Politik.

Auch im Falle Deutschlands setzte ein militärischer Sieg über Österreich die nationale Einigung in Gang. Die Einigung selbst war das Werk des „deutschen“ Staates Preußen, also nicht einer fremden Macht. Der Erfolg Preußens führte im Jahre 1866 zur Bildung eines „größeren Preußen“ im Norden Deutschlands. Die hieraus erwachsende gewichtigere Position Preußens sowie der Ausgang des Krieges von 1870/71 ließen erkennen, daß Deutschland, im Gegensatz zu Piemont, einem föderalistischen System gewachsen war – was insbesondere im Hinblick auf die in der Hauptsache katholischen Staaten in Süddeutschland politisch bedeutsam wurde, als diese sich 1871 dem Nationalstaat anschlossen. Gleichzeitig sah sich Bismarck gezwungen, mit einer von der breiten Volksmasse getragenen und zahlreiche Einzelstaaten umspannenden nationalliberalen Bewegung zusammenzuarbeiten. Dieser Bewegung ist nach 1867 ein effektives Programm der Bildung nationaler Institutionen zu verdanken, auch wenn aufgrund des von konservativen Föderalisten zwischen Preußen und Süddeutschland getriebenen Keils die endgültige Einigung des Landes erst nach 1871 erreicht war. Die Kraft dieser modernen nationalen Bewegung schuf auf jeden Fall bessere Voraussetzungen für das erfolgreiche Zustandekommen einer Nation in diesem Lande als in Italien. Die in der Folge in Deutschland auftretenden Probleme entsprangen vor allem der Kontroverse darüber, wie diese Nation aussehen und wo ihre Interessen liegen sollten, nicht aber in Konflikten zwischen Gruppierungen, die sich um die Schaffung der Nation bemühten und solchen, die dieser entgegenwirkten.

Nationalistische oder perennialistische Theorien bringen uns in Fällen wie diesen nicht weiter. Die im Rahmen der nationalen Bewegungen Deutschlands und Italiens entwickelte Sprache war – wenn auch aktionsbezogener im Falle Deutschlands – in beiden Ländern modern und entsprang dem Bemühen um eine konstitutionelle oder demokratische Regierungsform

und marktwirtschaftliche Strukturen. Natürlich war es nicht ohne Bedeutung, daß es in beiden Ländern eine längere Tradition gab, die sich leicht an bestimmte mit „Deutschland“ oder „Italien“ assoziierbare symbolische Konstrukte anpassen ließ, doch erst später, als der nationale Gedanke schon allgemein akzeptiert und zum konflikträchtigen Politikum geworden war, begann in Deutschland die Schaffung symbolträchtiger ethnischer Mythen (z.B. das Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald).

Die sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Strukturen auf regionaler wie sozialer Ebene besaßen anfangs wenig national einigende Merkmale. Und die national engagierten Gruppen beriefen sich nicht nur auf solche Mythen, die das nationale Bewußtsein förderten, sondern auch auf anti- bzw. nichtnationalistische Mythen (z.B. die von den Sozialisten organisierten Feierlichkeiten zu den Märzunruhen im Jahre 1848 in Berlin).

Doch ungefähr seit der Mitte des Jahrhunderts scheint sich besonders in Deutschland ein neuer Diskurs über Nationalität durchgesetzt zu haben. Hier empfiehlt sich weniger eine ideengeschichtliche Analyse im herkömmlichen Sinne als vielmehr ein Blick auf die zahlreichen kulturellen Institutionen und Kräfte jener Zeit. Dabei zeigt sich, daß kein klar erkennbarer Unterschied zwischen „Kultur“ und „Struktur“ festzustellen ist; dafür aber sind die kulturtragenden Institutionen und Kräfte als Schöpfer neuer nationaler Einheitssymbole (Rituale, Feste, Literatur, Lieder usw.) zu erkennen und bilden zugleich Mustervorgaben für die Formen sozialer Interaktion und Kommunikation, die als solche ihr eigenes Leben entwickeln konnten – ein Leben, das sich unabhängig von den einzelnen Mitgliedern der Bewegung entfaltete und im Einklang stand mit den neuen Bedingungen des Zusammenspiels städtischer, kommerzieller, verbandsspezifischer u.a. Gegebenheiten.⁷

Die Zunahme spezialisierter kultureller Institutionen (unter denen ich Institutionen verstehe, deren Hauptanliegen und wichtigstes Produkt *Bedeutungen* sind, in Formen wie etwa Zeremonien, Symbole, Sprache, Feste) war Teil eines umfassenderen Modernisierungsprozesses, der auch die Herausbildung verschiedenster wirtschaftlicher und politischer Institutionen umfaßte: Zollunionen, marktorientierte Unternehmen, regionenübergreifende Arbeitsmärkte und Parlamente; aber auch zivile und militärische, mit Berufsbeamten besetzte Bürokratien im Dienste der territorial abgesteckten Staaten gehören hierher. Die Bedeutung dieser kulturellen Einrichtungen ist nur in Verbindung mit dem umfassenderen Prozeß der institutionellen Spezialisierung zu begreifen: Die kulturellen Elemente, ja die Sprache der nationalen Bestrebungen selbst, wurden nur insofern durch feste politische Programme gestützt und präzisiert, als sie in enger Verbindung zu den Formen und der Macht der entsprechenden politischen Insti-

7 Ein gutes Beispiel für eine in den sozialen und institutionellen Kontext eingebettete Kulturanalyse bietet A. Biefang, *Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1866. Nationale Organisationen und Eliten*, Düsseldorf 1994.

tutionen standen (z.B. die auf den Zollverein hin ausgerichtete deutsche Nationalbewegung oder die beiden rivalisierenden Programme der auf Preußen bzw. Österreich orientierten „kleindeutschen“ und „großdeutschen“ Bewegung).

Natürlich ist der Erfolg einer nationalen Bewegung, gemessen an der tatsächlichen Herausbildung eines Nationalstaates, von weit mehr abhängig als von der Kraft der nationalen Bewegung allein (beispielsweise war der polnische Nationalismus stärker als der italienische, aber aus anderen Gründen gelang es der polnischen nationalen Bewegung nicht, im 19. Jahrhundert einen Nationalstaat zu errichten). Die Möglichkeit einer Nationalbewegung, nicht nur zur Gründung eines Territorialstaates beizutragen, sondern diesen Staat auch mit nationalen Zügen anzustatten, hing ebenfalls von einem umfassenderen Modernisierungsprozeß ab, der von der nationalen Bewegung genutzt und in ihr reflektiert wurde. Jede eingehendere Diskussion würde daher die in Deutschland und Italien eingeführten Modernisierungsmuster vergleichen und ins Verhältnis setzen müssen. Ich möchte daher einstweilen schlußfolgern, daß sich der modernistische Ansatz zum Verständnis der Bedingungen für erfolgreiche nationale Bewegungen bei der Bildung von Nationalstaaten aus einer Vielzahl kleinerer Staaten im Europa des 19. Jahrhunderts am besten eignet.

V. Nationale Bewegungen nach dem Zusammenbruch der UdSSR

Das ausgehende 20. Jahrhundert unterscheidet sich in Europa sehr stark von der Mitte des 19. Jahrhunderts. Damals hatten sich nationale Bewegungen dazu aufgeschwungen, monarchische Regierungen, eine auf Privilegien vor allem des Landadels gestützte, wesentlich auf ländlich-agrarischer Wirtschaftsgrundlage beruhende Gesellschaft herauszufordern. Auf Modernisierung abzielende nationale Bewegungen erstrebten die Schaffung parlamentarischer Regierungsformen, Gleichheit vor dem Gesetz und eine durch städtisches Leben und industrielle Aktivitäten bestimmte Marktökonomie. Diese Bewegungen gebildet versuchten im allgemeinen, größere Staaten aus mehreren kleineren zusammenzuschweißen (Deutschland, Italien, Polen) – das nenne ich Einigungsbewegungen –, oder man hatte versucht, schon bestehende, weitgehend unabhängige oder zumindest autonome, von einem eigenen nationalen Bewußtsein getragene Regionen (Ungarn) im Sinne des nationalen Anliegens zu verändern; das wären dann Reformbewegungen.

Erst im 20. Jahrhundert stoßen wir vor dem Hintergrund der die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg kennzeichnenden Instabilität auf den dritten Typ nationaler Bewegungen. Diesen Nationalismen ging es um Unabhängigkeit von einem größeren Staatssystem – gewöhnlich einem Vielvölkerstaat. Die Rede ist also von separatistischen Bewegungen, wie sie in den Imperien der Habsburger, der Osmanen und der Romanows aufkamen und die zum Zerfall der beiden erstgenannten Reiche in eine Reihe kleinerer

Nationalstaaten führten. Dagegen gelang es den Bolschewiken schließlich – obwohl sie zeitweise die Kontrolle über erhebliche Teile des einstigen russischen Reiches verloren und im institutionellen Gerüst der UdSSR Zugeständnisse an das Nationalitätsprinzip machten –, einen neuen imperialen Staat ins Leben zu rufen.

Der Zerfall dieses Imperiums erfolgte in den Jahren 1989–1991. Damals war die politische, wirtschaftliche und kulturelle Lage sehr verschieden von dem Kontext, in dem die Einigungsinitiativen des 19. Jahrhunderts erstarkt waren. Vielmehr entstanden die neuen nationalen Bewegungen als Reaktion auf den Zusammenbruch des kommunistischen Einparteiensystems – einer von staatlich ernannten Elitekräften (der „Nomenklatura“) getragenen Ordnung, die den Wirtschaftssektor weitgehend unter ihrer Kontrolle hielt und den Schwerpunkt auf die städtisch-industriellen Bevölkerungsteile verlagert hatte. Nun zielten nationale Bewegungen darauf ab, kleinere, durch politischen Pluralismus, eine Rechtsordnung, Gleichheit vor dem Gesetz und marktwirtschaftliche Ökonomie gekennzeichnete Nationalstaaten zu konstruieren. Oberflächlich betrachtet scheint es, als seien die Ziele dieser nationalen Bewegungen denen des vorausgehenden Typs ähnlich, allerdings mit dem entscheidenden Unterschied darin, wem sie sich entgegenstellten. Die neuen Bewegungen beanspruchen für sich, konstitutionell, liberal und auf den Westen ausgerichtet zu sein. Im Hinblick auf die einstige UdSSR könnte man daher von einem einfachen nationalistischen oder perennialistischen Modell sprechen: Die UdSSR hatte wie ein riesiges Gefrierfach funktioniert, in dem totalitäre Macht dazu benutzt worden war, die Mannigfaltigkeit nationaler Interessen und Identitäten zu unterdrücken – ohne diese freilich auslöschen zu können. Als das Zentrum schwächer wurde und schließlich kollabierte, gebar das auftauende Gefrierfach nationale Bewegungen. Optimisten hoffen, daß diese Entwicklung zur Ausgangsbasis für ein aus freien Nationalstaaten bestehendes Europa wird. Die Pessimisten aber glauben, daß hier nur eine Sammlung unnatürlicher Mutationsgebilde auf den Plan rückt und Konflikte dadurch programmiert sind, daß nationale Selbstbehauptung über alle anderen Zielsetzungen (gesunde Marktbeziehungen, effiziente Wirtschaftsreformen, liberale demokratische Verhältnisse) gestellt wird.

Solche Prognosen helfen wohl kaum bei dem Versuch, diese postsozialistischen, in vieler Hinsicht sehr jungen Bewegungen zu verstehen. Sicher ist nur, daß dort, wo schon vor 1917 oder innerhalb der UdSSR eine nationale Bewegung bestand (wie z.B. in der Ukraine), diese auf einer nur schwach entwickelten nationalen Ideologie basierte und kaum von seiten der Elite oder der breiteren Öffentlichkeit gestützt wurde. Die Geschichte zahlreicher betroffener Regionen weist permanente Verschiebungen in der territorialen Grenzführung sowie in der Definition der staatsbürgerlichen und (weniger strikt umrissenen) ethnischen Identität auf. Politische, wirtschaftliche oder kulturelle Entwicklungen, die neuzeitlichen Konstrukten nationalistischer Diskurse „entsprechen“ könnten, sind für die Zeit vor

1917 bzw. die ganze sowjetische Epoche bestenfalls nur in Spuren auffindbar. Kontinuität gab es in der UdSSR nur in Zusammenhang mit dem konstitutionell verankerten national-territorialen Prinzip oder im Hinblick auf Förderung der Ethnien und der damit verbundenen, von allen sowjetischen Regierungen beibehaltenen Institutionalisierung der „persönlichen Nationalität“.

Auch die jüngste Geschichte zeigt, daß von nationalem Bewußtsein getragene Bewegungen in der UdSSR kaum eine Krise heraufbeschworen. Als die Krise schließlich kam, geschah dies infolge des durch die strukturaufweichenden Reformprogramme Gorbachows vorangetriebenen wirtschaftlichen Niedergangs, dem durch eben diese Reformprogramme indirekt entgegengewirkt werden sollte. Es waren somit die durch den Übergang von der Kollektivökonomie zur Marktwirtschaft verursachten wirtschaftlichen Probleme und der Wechsel vom Einparteien- zum Mehrparteiensystem, die beim Zusammenbruch der UdSSR die maßgebliche Rolle spielten; daher ist die Auflösung des multinationalen Großreichs in eine Vielzahl kleiner Nationalstaaten eher als *Folge* dieses Zusammenbruchs zu verstehen. Nationale Bewegungen lassen sich demnach am besten erklären als Antwort auf eine allgemeine politische und wirtschaftliche, infolge des Zusammenbruchs der Zentralmacht auftretende Krise. Ein Ansatz, der den staatlichen Zusammenbruch und die nationale Bewegung als Reaktion auf diesen Zusammenbruch in den Vordergrund stellt, dürfte einem solchen vorzuziehen sein, der nationale Bewegungen aus einem national-kreativen Diskurs entstehen sieht.⁸

In der UdSSR hat es natürlich eine Vielzahl nationaler Bewegungen gegeben. Diese waren zum Teil dadurch bestimmt, wie stark eine Region Moskau untergeordnet war. Eine Reihe sowjetischer, niehrussischer Gebiete waren vom Zarenreich überkommen, andere stammten aus der Zeit 1917–1921 oder 1939–1945. Es war zwischen Gebieten mit eigenen republikanischen Institutionen oder anderen Attributen politischer Autonomie und solchen zu unterscheiden, die nicht in diese Kategorie fielen. Außerdem gab es erhebliche ideologische Unterschiede zwischen den führenden Kreisen der verschiedenen nationalen Bewegungen: Die Auswahl reichte von intellektuellen Dissidenten aus der Zeit um 1989 über reformorientierte kommunistische Eliten bis zu den reformfeindlichen Kommunisten. Sie alle arbeiteten mit einer mehr oder weniger starken Unterstützung aus dem Volke oder dem Ausland (Emigranten, öffentliche Meinung, Regierungen) und mußten von seiten Moskaus mit den unterschiedlichsten Reaktionen rechnen – von der offenen Kapitulation bis zur gewaltsamen Unterdrückung. Ein Essay wie dieser ist zu kurz für eine detaillierte Darstel-

8 Kap. 17 von „Nationalism and the State“ (wo ebenfalls die Wiedervereinigung Deutschlands sowie der Zerfall des ehemaligen Jugoslawien besprochen werden) enthält eine detaillierte Darstellung dieser Problematik. Auch allgemeine Literaturhinweise zu diesen beiden Fallstudien finden sich dort.

lung dieser Dinge, daher möchte ich nur zwei, sich in mehrfacher Hinsicht voneinander unterscheidende, doch repräsentative Fälle auswählen – den der Ukraine und den Moldawiens, und dann noch kurz das Wesen des *rus-sischen* Nationalismus beleuchten. Dabei soll es mir darauf ankommen, noch einmal zu zeigen, daß ein Ansatz, der maßgebliche Fakten der Moderne zum Schwerpunkt der Überlegung macht, eine gute Methode bietet, diese nationalen Bewegungen, ihre Dynamik und ihren relativen Erfolg zu verstehen.

1. Die nationale Bewegung der Ukraine⁹

Die weitaus wichtigste Republik innerhalb der früheren UdSSR war, neben Rußland, die Ukraine. Die Ukraine hat eine Bevölkerung von über 50 Millionen Menschen, von denen ungefähr ein Fünftel ethnisch Russen sind. Die Ukraine war nicht nur eine wichtige Industrie- und Agrarregion, sondern – in Anbetracht ihrer Lage an der Westgrenze der UdSSR und der bedeutenden militärischen (auch nuklearen) Stützpunkte auf ihrem Gebiet – ebenfalls von strategischer Bedeutung. Daher war es für die UdSSR von größter Wichtigkeit, welchen Grad von Autonomie die Ukraine genoß; auch heute noch hat diese Frage für Moskau nichts von ihrer Brisanz verloren.

Als das Machtzentrum der Sowjetunion die Kontrolle verlor, versuchten zahlreiche Gruppen, die Macht auf die Republik der Ukraine zu konzentrieren. Diese Gruppierungen umfaßten, insbesondere im westlichen Teil des Landes, nationalistische Dissidenten, aber auch Gruppen, die als „Nationalkommunisten“ beschrieben werden könnten und demokratische sowie marktwirtschaftliche Strukturen anstrebten bzw. sich solchen widersetzen. Anfangs bestand der Erfolg solcher Bewegungen weniger im erzwungenen Rückzug der UdSSR, als in der Koordinierung der verschiedenen national denkenden Eliten. Denn nur so versprach ein glaubwürdiger Nachfolgestaat der (sowjetischen) Republik der Ukraine Lebensfähigkeit zu besitzen, sobald die politische Macht der Sowjetunion versiekt war. Später verhalfen diese Gruppierungen dem Land gemeinsam auch tatsächlich zu einer fragilen Autonomie: Sie beruhigten die ethnischen Russen und handelten zugunsten der Ukraine die Kontrolle über Seestützpunkte und nukleare Militäranlagen aus. Bald setzte sich das nationale Selbstbewußtsein in Form einer staatsbürgerlich-territorialen Konzeption durch, in deren Rahmen vom „Volk der Ukraine“ und nicht dem „ukrainischen Volk“ gesprochen wurde. Ethnisch begründeter Nationalismus spielte hier

9 Ich verdanke mein Verständnis dieses Falles Gesprächen und der Lektüre von Aufzeichnungen von Taras Kuzio (*Center for Russian and East European Studies [CREES]*) an der Universität Birmingham. Taras Kuzio arbeitet zur Zeit an einem Buch über die Nationbildung in der Ukraine; er ließ mich freundlicherweise die vorläufige Fassung des Kapitels über das erneute Interesse an der Geschichte der Ukraine einsehen.

also keine zentrale Rolle. Wie lassen sich diese Fakten und die bisherigen Erfolge der nationalen Bewegung in der Ukraine erklären?

Die „Ukraine“ erweist sich, über einen langen Zeitraum betrachtet, als ein recht junges Gebilde. Grob gesprochen, besteht dieses aus einem westlichen, bis 1918 der Kontrolle der Habsburger unterstehenden, und einem östlichen, einst zum Reich der Romanows gehörenden Teil. Andere Gebiete, wie die Krim, kamen erst in neuerer Zeit hinzu. Die Wurzeln der nationalen Bewegung der Ukraine waren in den einstigen habsburgischen Gebieten am mächtigsten und hatten sich als Reaktion seitens der unierten oder orthodoxen Bauernschaft in Galizien auf die drückende polnisch/katholische Dominanz entwickelt. Diese Bevölkerungen waren auch für ihre Zusammenarbeit mit den Deutschen in den Jahren 1941–1944 sowie für die bis in die frühen fünfziger Jahre hinein geführte Partisanentätigkeit bekannt. Weniger Antrieb für nationale Gefühle gab es in den östlichen, auch die Hauptstadt Kiew umfassenden Landesteilen; dort gelang es der kommunistischen Partei, vor allem durch die seit den dreißiger Jahren durchgesetzte Zwangsindustrialisierung, festen Fuß zu fassen. Wir sehen, die Unterschiede in der geistigen Ausrichtung der führenden Kreise waren enorm – und somit auch die Unterschiede in Stärke und Inhalt der einzelnen nationalen Bewegungen. Daneben bestand ein komplexes Beziehungsverhältnis zwischen bestimmten Aspekten der Identität von Ukrainern und Russen. Umfragen haben ergeben, daß die Bewohner der Ukraine zwischen einer sprachlichen und einer nationalen Identität unterscheiden, so daß von drei großen Bevölkerungsgruppen ausgegangen werden kann: den Ukrainisch sprechenden Ukrainern, den Russisch sprechenden Russen und den Russisch sprechenden Ukrainern. Letztere betrachten sich zwar als Ukrainer, ziehen es aber aus verschiedenen Gründen vor, Russisch zu sprechen.

Diese Teilung der Eliten und die verschiedenen Kombinationen von Sprache und nationaler Identität helfen bei der Erklärung des Erfolgs der in der Ukraine betriebenen Konsenspolitik auf der Ebene der Eliten. Die verschiedenen Elitengruppen wissen außerdem, daß sie sich den Rang gegenseitig nicht ablaufen können. Und man weiß auch, daß die ethnischen Russen (d.h. die russophone Gruppe generell) nicht abgedrängt werden dürfen, da diese sonst „Moskau zu Hilfe holen“ könnten.

Dies erklärt den größeren Nachdruck auf die territorial-staatsbürgerliche Identität gegenüber einem nach ethnischen Gesichtspunkten definierten Selbstverständnis. Die Schwäche der neuen staatlichen Institutionen bürgt außerdem für eine gewisse Vorsicht in der Politik. Noch hat sich die Ukraine nicht für ein im Eilverfahren eingeführtes marktregulatives Wirtschaftssystem entschieden, wie dies in Rußland zuerst durch Gorbatschow und später Jelzin geschah. Das Fehlen einer von unten nach oben funktionierenden politischen Struktur bedeutete in der Ukraine, daß die aus den landeseigenen Elitegruppen hervorgegangenen Politiker bei der Einführung (oder Verhinderung) von Reformen bis zu einem gewissen Grad

gegen etwaigen Druck aus unteren Bevölkerungsschichten abgesichert waren.

Diese Zusammenhänge sind m.E. weder mit Hilfe des nationalistischen noch des perennialistischen Ansatzes zu verstehen. Die Ukraine als Nationalstaat ist Neuland, und sofern überhaupt etwas darüber gesagt werden kann, konzentrierte sich der moderne ukrainische Nationalismus auf Gebiete außerhalb der alten historischen Region von Kiew (einer Stadt, die ohnehin für viele *russische* Nationalisten das Herzstück der Identität Rußlands darstellt). Die Entwicklung des nationalen Diskurses hat in der Ukraine zweifellos die Herausbildung einer nationalen Identität unterstützt. Politische Freiheit hat auch in der Ukraine – z.B. in Form einer neuen Begeisterung für „ukrainische Geschichte“ – ihren eigenen Diskurs erzeugt. So wird heute – mit der Zielsetzung, die neuen staatlichen Institutionen besser zu legitimieren und zu konsolidieren – versucht, die Historie der Region von der zumindest seit Katharina der Großen das Bild beherrschenden russozentrischen Perspektive zu befreien. Die neue Deutung der Vergangenheit dient jedoch nicht als Grundlage einer ihre historischen Freiheiten einfordernenden nationalen Bewegung. Bemerkenswert ist auch, daß sich die für die Darstellung dieser neuen Geschichte sowie in anderen Bereichen des geistigen Lebens verwendete Sprache rasch von dem mit einer eigenen ethnischen und historischen Identität befaßten Diskurs fortbewegte und einem territorial-staatsbürgerlichen Konzept annäherte, das eigens dazu gedacht ist, die Mannigfaltigkeit ethnisch begründeter Identitäten zu transzendieren. Dies wiederum läßt sich an die politische Situation rückbinden, insbesondere aber an den Zusammenbruch der UdSSR und die Notwendigkeit, eine territoriale Alternative zu finden, um die sich die Eliten scharen konnten. Wir haben hier also ein Konzept, das aus der von den „nationalen Kommunisten“ von der UdSSR „geerbten“ Republik der Ukraine überkommen war und seinen Schwerpunkt in dem von den neuen republikanischen Institutionen (Parlament und Präsidenschaftsamt) erreichten Konsens besitzt. Es ist diese Situation, in der Territorialität, die ererbte Staatsmacht moderner Prägung und die Notwendigkeit, die Unterstützung der Allgemeinheit zu aktivieren, Eliten zu koordinieren und von mächtigen Drittstaaten Unterstützung zu bekommen sowie in deren Augen glaubwürdig zu erscheinen, die am besten die Sprache, die Politik und den bisherigen (relativen) Erfolg der nationalen Bewegung der Ukraine erklärt.

2. Die nationale Bewegung Moldawiens¹⁰

In Moldawien legte die nationale Bewegung zunächst viel stärkeren Nachdruck auf Ethnizität und Sprache als in der Ukraine. Man betonte die lange Vergangenheit des Rumänischen als gemeinsamer Sprache oder die jünge-

¹⁰ Meinem Verständnis des Falles von Moldawien dienlich waren unveröffentlichte Manuskripte von Judy Batt (CREES), die sich eingehend mit dieser Region auseinandergesetzt hat.

re Erfahrung der Zwischenkriegszeit, als weite Teile Moldawiens zum rumänischen Staat gehört hatten. Die während der letzten Phase der UdSSR und der Anfangsperiode republikanischer Autonomie aktiv gewordene nationalistische Elite hoffte gar auf eine Vereinigung mit Rumänien, obwohl nur ca. zwei Drittel der Bewohner des Landes Rumänisch sprechen. Bedeutende Minderheiten von Russen (13 Prozent) und Ukrainern (14 Prozent) sowie kleinere Bevölkerungsgruppen, wie die Gagausen mit ihrer Turksprache und ihrer orthodoxen Religion, wurden als ethnische Minderheiten ohne eigene politische Identität behandelt. Diese ursprünglich ethnisch orientierte nationalistische Politik rief starke Reaktionen von seiten der nicht Rumänisch sprechenden Minoritäten hervor: Die am östlichen Ufer des Dnjestr ansässigen Russen verfolgten – mit militärischer Unterstützung durch die russische Armee – sezessionistische Absichten; die Gagausen „erdachten“ sich eine eigene nationale Identität, gründeten eine unabhängige Universität und redeten von politischer Autonomie, ja Sezession. Diese Wendung führte zu einer Modifizierung der nationalistischen Politik, angefangen mit einer veränderten Haltung gegenüber den Vorzügen der Vereinigung mit Rumänien. Das Rumänien Ceaușescus erschien nie attraktiv. Eine kurze Zeit nach seinem Sturz zu Weihnachten 1989 gab es eine enthusiastische Stimmung, die dem Optimismus in Rumänien selbst entsprach. Die Herrschaft früherer kommunistischer Eliten hat diese Zustimmung jedoch verübert. (Ob die jüngsten Veränderungen nach den Wahlen von 1996 mit einer neuen Koalitionsregierung, die selbst die Partei der ungarischen Gemeinschaft einschließt, die Ansichten der Moldawier ändern wird, ist noch nicht abzusehen.)

Dieser Wechsel der politischen Perspektiven hat die Nationalbewegung dazu geführt, die Beziehungen zu den nichtrumänischen Minderheiten zu überprüfen, da sie in einem autonomen Moldawien wichtiger sind als in einem größeren Rumänien. Dies, sowie die Sorge, daß der rumänische Nationalismus das Risiko einer territorialen Spaltung mit sich führen könnte, mündete in eine deutlich föderalistische Einstellung und, als erstem Resultat, in ein relative Autonomie gewährendes Übereinkommen mit den Gagausen (1994). Ein ähnliches Abkommen mit den Dnjestr-Russen hat sich jedoch noch nicht erreichen lassen.

Die Anfangsphase der modernen nationalen Bewegung in Moldawien scheint dem perennialistischen Ansatz Recht zu geben: Verweise auf ein weit in die Vergangenheit zurückreichendes, nicht nur in einer gemeinsamen Sprache wurzelndes Bewußtsein rumänischer Identität, sondern auch den dieses Bewußtsein nährenden, und bis ins Römische Reich und noch weiter zurückreichenden Mythos von den eigenen Anfängen belegen dies. Auch in der jüngeren, bis ins 18. Jahrhundert zurückzufolgenden Geschichte kultureller und politischer Selbstbehauptung und dem neueren Denken, daß Moldawien eigentlich zu einem großrumänischen Staat gehöre, finden sich Anhaltspunkte für eine perennialistische Deutung. Doch wie

in jedem Nationalismuskurs treffen auch hier rivalisierende Positionen und Interessen aufeinander, die sich auf Mythen stützen, von denen keiner früher entstand als die politischen Situationen, für die er benützt wurde.¹¹

1990 bedeutete die Heraufkunft einer irredentistischen Position in Moldawien allerdings, daß ein solch spezifischer Diskurs weniger Bedeutung hatte, weil die Definition der Nation nun auf den bestehenden rumänischen Staat gerichtet war. Jedoch konnte der irredentistische Nationalismus der moldawischen Rumänen bei anderen Gruppen Bestrebungen zur „Erfindung“ von Nationalität unterstützen. In diesem Zusammenhang ist der Fall der Gagausen besonders bemerkenswert, da bei dieser Gruppe nationale Identität im Sinne der Fähigkeit, eine Turksprache zu sprechen, bald verschwunden war.

Auch hier scheint ein situationaler Ansatz zu einem besseren Verständnis zu führen als einer, der sich auf eine ethnische Vergangenheit oder die identitätsstiftende Macht des Diskurses beruft. Der Sinn rumänischer Nationalität läßt sich ohne weiteres unter Rückgriff auf die jüngere Geschichte der Zugehörigkeit zu Rumänien und den Unmut über Dominanz der ethnischen Russen erklären. Denn obwohl es eine Geschichte ethnischer Konflikte gibt, ist diese erst jüngerer Datums. Das ständige Auf und Ab dieser Konflikte zeigt, wie schnell die Lage sich verändert, und mit ihr die Interessen, die Politik, die Sprache. Territorialität ersetzt ethnische Konzeptionen der Staatlichkeit, was gleichbedeutend war mit einer Distanzierung von einer großrumänischen Position ebenso wie von ethnischer Behauptung gegenüber Nichtrumänen.

Dagegen änderten sich die Politik, die Interessen und die Sprache dieser nichtrumänischen Gruppen. Die Gagausen setzten sich in ihrer Sprachpolitik vor allem mit dem Umgang mit dem Russischen, nicht mit ihrer eigenen Sprache auseinander. Als sehr kleine Bevölkerungsgruppe hatten sie die vorherrschende Sprache, nämlich Russisch, gelernt. Für sie bedeutete Bildungsautonomie den Gebrauch des Russischen. Autonomieforderungen und die „Erfindung“ der gagausischen Nation (unterstützt durch die traditionelle Betonung ethnischer Verschiedenheit in der UdSSR) müssen in diesem Kontext gesehen werden. Wie in der Ukraine ist der Gebrauch einer Sprache der Nationalstaatlichkeit, die mehr als Ethnizität und Sprache die bürgerliche und territoriale Identität stärkt, ein Ergebnis politischer Kompromisse verschiedener Elitengruppen, die sich nach Herkunftsregion, politischen Werten, Sprache und ethnischer Identität unterscheiden. In Moldawien ist dieser Kompromiß angesichts deutlicher ethnischer Unter-

11 Z.B. die im Habsburgerreich ansässigen rumänischen Schriftsteller, die die Unterstützung der Habsburger gegen die ungarische Bevormundung Rumäniens mit einer Berufung auf das römische Erbe des Landes begründeten; oder die osmanischen Rumänen, die die Hilfe der Russen suchten und sich für eine ethnische und auf die Orthodoxie gegründete Auslegung des rumänischen Nationalbewußtseins stark machten. Vgl. K. Verdery, *National Ideology and Socialism. Identity and Cultural Politics in Ceausescu's Romania*, Berkeley 1991.

schiede eher auf föderalistische Übereinkünfte als auf Bemühungen um eine Definition von Nationalität und Staat in Begriffen der Staatsbürgerschaft und Territorialität zurückzuführen.

3. Der russische Nationalismus

Ein Imperium ist ein politisches System, in dem eine Kernregion politische Kontrolle über periphere Gebiete ausübt. Schon die Begriffe Zentrum und Peripherie beinhalten neben dem Gedanken von Territorialität auch die Idee eines Unterschieds in der Identität der Bewohner des Kerngebiets und jener der peripheren Regionen. Dies gilt für die alten Reiche wie für die neuen. Es ist daher kein Zufall, daß aus den sprachlichen Bildern und der Vorgehensweise des lokalen Widerstands in den Provinzen gegen Rom auch die Mythen der modernen Nationalismen ihr Leben ziehen.

Doch erst in der Neuzeit wird das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie vor allem im Sinne nationaler Unterscheidung politisch genutzt. Der Antrieb hierfür kommt stets aus den äußeren Gebieten, weil dort der Appell an das Nationalbewußtsein dazu beitragen soll, den Widerstand gegen das imperiale System aufzubauen. Das Problem für die zentrale Region und den Imperialstaat in seiner Gesamtheit liegt in der Ummöglichkeit, mit einem ambivalenzfreien nationalen Diskurs auf solche Widerstandsbewegungen zu antworten. Wo Herrschaft bedeutet, den Völkern in den äußeren Gebieten bestimmte Aspekte der Kultur der imperialen Nation aufzuzwingen (offizielle Sprache, Bildungspolitik), wird dies mit politischen Zwängen gerechtfertigt: Die Dynastien der Habsburger und Romanows, die sich als „nicht national“ zentrierte Systeme verstanden sehen wollten, setzten Deutsch bzw. Russisch als offizielle Sprache in ihren jeweiligen Reichen mit dieser Rechtfertigung durch. Die nationalen Oppositionsbewegungen aber empfinden solche Maßnahmen symbolisch wie politisch als oppressiv. Und schließlich erkennt auch die zentrale Region bald die unterschwellige symbolische Bedeutung solcher Maßnahmen.¹²

12 Hier gilt es zu unterscheiden. Anfangs konnte imperiale Macht eine supra-nationale Position einnehmen. Der Habsburger Kaiser Josef II (1780–1790) z.B. betrachtete die Durchsetzung des Deutschen als Amtssprache noch als rein praktische Maßnahme. Spätere Habsburger versuchten sich von einer Identifizierung mit deutschnationalen Interessen im westlichen Teil des Reiches jedoch zu distanzieren. Hier kam es also zu einer Spaltung zwischen den nationalen Interessen der zentralen Region und den Zielsetzungen der imperialen Regierung. Doch moderne Imperien weisen erhebliche Unterschiede untereinander auf. Imperien mit Gebieten in Übersee haben andere Probleme als solche mit zusammenhängenden Territorien (Habsburger, Romanows, Osmanen). In Imperien mit überseeischen Gebieten sind die direkten Kontakte zwischen den Bewohnern des Zentrums und denen der Peripherie seltener, obwohl auch hier eine Art gebietshaften Kontinuums zu bestehen scheint, das vom Fall Algeriens, das Frankreich direkt gegenüberliegt, bis zum indischen und indonesischen Fall reichen kann, wo die Zahl englischer und holländischer Siedler relativ gering war. Generell ist es jedoch so,

Darüber bestand in Rußland schon Anfang des 19. Jahrhunderts kein Zweifel mehr, als die Romanows zum ersten Mal ganz explizit die Wichtigkeit der russischen Nationalität betonten. Gegen Ende des Jahrhunderts wurden dann gezielte Russifizierungsmaßnahmen durchgeführt, in deren Rahmen Nationalität, Religion und Loyalität gegenüber dem Zaren zu einem Ganzen verschmolzen. Eine der Ursachen für die Schwäche des Zarenreichs im Jahre 1917 sowie des Mißerfolgs der weißrussischen Bemühungen, in den äußeren Gebieten Widerstand gegen die Machtübernahme der Bolschewiken in der zentralen Region zu mobilisieren, war, daß die nichtrussischen Völkerschaften innerhalb des Reiches imperiale Autorität mit den nationalen Interessen der Russen gleichzusetzen begonnen hatten. Die Bolschewiken wußten diese Schwäche für die eigene Sache zu nutzen, indem sie ein nationales Programm entwickelten. Die Verteidigung und Rückforderung nach Möglichkeit aller Gebiete des Zarenreiches wurde mit den Klasseninteressen der Arbeiter und Bauern gerechtfertigt, nicht mit alten imperialen oder großrussischen Argumenten. Das neue politische System würde kein imperialer Staat werden, sondern eine Union nationaler Republiken. Doch war es nicht so sehr die „Form“ des neuen Staatswesens, die interessierte, sondern die „realen“ Klassenbeziehungen in jeder einzelnen Unionsrepublik.

Problematisch war nur, daß die Entscheidungsgewalt darüber, wie diese „realen“ Klassenbeziehungen politisch zu organisieren seien, beim Zentrum, d.h. der Führung der Kommunistischen Partei, lag. Die Partei aber hatte ihre Macht zuerst im Kerngebiet festigen können, und dieses Kerngebiet lag in Rußland. Die Mehrheit der Parteimitglieder waren Russen, und Russisch war die offizielle Sprache des Sowjetreiches. Das Fehlen einer spezifisch *russischen* Kommunistischen Partei angesichts der Existenz einer eigenen Kommunistischen Partei neben der allgemeinen Kommunistischen Partei der Sowjetunion in allen anderen Unionsrepubliken bezeugt ebenfalls die Verschmelzung von russischer und imperialstaatlicher Identität. Ein Großteil der alten, verwaltungstechnisch erfahrenen Elite hatte dazu gebracht werden können, mit den Kommunisten zusammenzuarbei-

daß mit wachsender Entfernung die Kontakte abnehmen und sich die Ambivalenz von nationaler Identität und imperialer Staatszugehörigkeit weniger problematisch gestaltet. Dagegen hatte im osmanischen Großstaat, wo die territorialen Grenzziehungen nicht sehr präzise waren und solcher Genauigkeit nicht allzu viel Bedeutung beigemessen wurde, das territoriale Prinzip keine große Chance. Die osmanische Elite benützte Türkisch nicht als imperiale Sprache; Arabisch spielte hier etwa die Rolle des Latein in den politischen Institutionen des europäischen Mittelalters. Der Übergang zu konfessioneller Herrschaft in den christlichen Teilen des Reiches ließ Territorialgrenzen innerhalb des Reiches verschwimmen, und der Unterschied zwischen Christentum und Islam war viel zu breit, um nationaler Verschiedenheit allzu großes Gewicht zu geben. Konfessionelle Unterschiede innerhalb der christlichen Bevölkerung konnten keine alternative Quelle für nationale Identität bieten, wie es z.B. in den Beziehungen zwischen den katholischen polnischen oder ungarischen Aristokraten und den orthodoxen Bauern der Fall war.

ten, weil der neue Staat von der Idee der Beibehaltung des imperialen Reichsgebiets getragen wurde und auch die politische Autorität auf diese Weise für das Kerngebiet gesichert blieb. Besonders unter Stalin wurde Zentralisierung mit Russifizierung gleichgesetzt. Dies geschah sowohl in praktischer (Ansiedlung privilegierter Russen in den Randprovinzen der Union) als auch in symbolischer Hinsicht (Appelle an den russischen Patriotismus während des Zweiten Weltkriegs).

Andererseits beseitigte die UdSSR zahlreiche national-russische Diskriminierungsmuster, unter welchen bestimmte Bevölkerungsgruppen im Zarenreich zu leiden hatten. So waren (im Gegensatz zu Polen und Litauen) Juden im westlichen Teil der Union nicht länger an festgelegte Berufe oder Wohngebiete gebunden. Dies erklärt, wieso die Genozidpolitik Deutschlands in den von den Deutschen besetzten Gebieten innerhalb der UdSSR so ganz andere Reaktionen hervorrufen konnte als in den ost- und zentraleuropäischen Gebieten, wo die antisemitische Tradition in beruflichen und wohnortspezifischen Zwängen weiterbestand. Zu Zeiten der Förderung der „Indigenen“ genossen Nichtrussen unter Stalin zuweilen sogar bessere Aufstiegsmöglichkeiten in der Partei und anderen Institutionen als dies normalerweise der Fall war.

Die UdSSR hatte sich in ihrem Vielvölkerstaat zwar für das territorial-nationale Prinzip entschieden, doch kam dieser Grundsatz zunächst nur in „Republiken“ zur Anwendung, die eine Grenze zu einem außerhalb der Union gelegenen Staat hatten. Auf diese Weise gab es keine „Enklavenrepubliken“, höchstens auf nationaler Basis eingerichtete „autonome Gebiete“ und einige hundert separate ethnische Gruppen, deren Mitglieder durch die persönliche nationale Identität gestärkt wurden. Wie in anderen Großreichen fehlte es nicht an den verschiedensten gemischten Völkerschaften – z.B. in nichtrussischen Republiken, wo sich ca. 25 Millionen Russen niedergelassen hatten, wie man 1989 schätzte. Auch durch Zwangsumsiedlungen (wie die der Krim-Tataren unter Stalin) oder Grenzveränderungen (wie der unter Chrusčev vorgenommene Anschluß der Krim an die Ukraine) erreichte die zentrale Regierung, daß die national-territoriale Äquivalenz verwischt und es u.a. insbesondere für Russen schwierig wurde, sich mit der russischen Republik als nationalem Vaterland zu identifizieren. Vielmehr erwuchs das Bewußtsein ihrer nationalen Identität assoziativ auf der Grundlage der Union in ihrer Gesamtheit. Daneben umfaßte auch die Bevölkerung der Russischen Föderation selbst eine große Zahl offiziell registrierter Nichtrussen.

Aus dieser Situation ergaben sich in den letzten Jahren der UdSSR insofern ernste Probleme, als einige Russen eine Strategie zur Verteidigung der imperialen Struktur zu entwickeln suchten. Bei diesen Bemühungen konnten nationalistische, nicht selten traditionelle, präsovjetsche Ideen von der weitreichenden Mission und Identität der Russen vertretende Dissidenten mit reformfeindlichen Mitgliedern der Kommunistischen Partei an einem Tisch zusammenkommen. Andere Russen, wie Jelzin, befürwor-

teten die Alternativlösung, d.h. die Abkopplung Rußlands vom Rest der UdSSR. Diese Variante beinhaltete allerdings, daß vom Prinzip der Unteilbarkeit der russischen Republik, wie etwa im Fall Tschetscheniens, nicht abgewichen wurde, und die düstere Warnung arging, daß die Interessen russischer Bürger in anderen Republiken geschützt werden würden. Die erfolgreiche Abtrennung der Dnjestr-Region von der Ukraine wäre ohne offizielle und inoffizielle russische Hilfe nicht möglich gewesen.

Natürlich verstehen sich viele der genannten Zusammenhänge nur aus der besonderen Position heraus, die Rußland innerhalb eines breiteren imperialen Systems eingenommen hatte. Die dieser Situation zuzurechnenden rivalisierenden Nationalismuskurse (z.B. „Slawophile“ vs. „Westler“) ergaben Sinn nur aufgrund der Besonderheit des russischen Falles. Nichtsdestoweniger weist die konstant spürbare Ambivalenz von imperialen und nationalen Koordinaten Ähnlichkeit mit anderen imperialen Nationen auf. Auf den britischen Inseln begegnet so z.B. die Ambivalenz von „British“/„English“. Die offizielle Lösung des Dilemmas besteht darin, das Britische in den Dienst der politischen Identität zu stellen und das Englische in den einer kulturellen. (So gesehen, bilden die schottischen, walisischen und nordirischen Identitäten das kulturelle Äquivalent zur englischen Identität). Auf jeden Fall aber macht es diese Ambivalenz schwierig, eine klar umrissene Kulturideologie des Englischseins zu erstellen oder den Begriff der britischen politischen Identität gegenüber so mancher anderen kulturellen Assoziation abzugrenzen, die in einem englischen Referenzsystem mehr Sinn ergibt als in anderen. Dieselbe Spannung tritt im Verhältnis Habsburg/Deutschland zutage, obwohl es der habsburgischen Dynastie mit einigem Erfolg gelungen war, sich aus dem deutschen Referenzsystem zu befreien. Auch im osmanisch/türkischen Diskurs entdecken wir eine nicht sehr viel anders geartete Ambivalenz, obwohl diese vor dem endgültigen Zerfall des Großreichs kein allzu großes Problem aufwarf, da erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Schaffung eines modernen, nach territorialen Gesichtspunkten organisierten Imperialen Großstaates in den Mittelpunkt der Debatte rückte. Der aggressive, säkulare Nationalismus Atatürks ergab sich zum Teil aus der Notwendigkeit, den alten osmanischen staatlichen Institutionen den Rücken zu kehren, weil diese aufs engste mit denen des Islam verzahnt waren (Kalifat).

Eine interessante Variante dieses Themas begegnet uns dort, wo die orthodoxe Religion im europäischen Teil des osmanischen Reiches institutionell vertreten war; hier herrschte Ambivalenz im Hinblick auf den Begriff „griechisch“, der entweder national (im Sinne von hellenisch oder griechischsprachig) gedacht wurde und sich in diesem Fall auf das Territorium der griechischen Halbinsel bezog, oder im Rahmen eines breiteren religiösen und subimperialen Referenzsystems („griechisch orthodox“) gebraucht wurde, und den ganzen Teil des christlichen Europas bezeichnete, der innerhalb des osmanischen Reiches lag. Ähnliche Spannungsver-

hältnisse liegen den Diskursen zugrunde, die die jugoslawische mit der serbischen Identität in Beziehung setzen.

Die Ähnlichkeiten der Spannungen und Ambivalenzen in den Diskursen der Nationalitätsfrage sind angesichts der Verschiedenartigkeit der Fälle und der sehr unterschiedlichen ins Spiel kommenden nationalen und imperialen Ideologien bemerkenswert. Ich interpretiere diesen Sachverhalt in dem Sinne, daß die allen genannten Fällen gemeinsame politische Situation – d.h. die Position der Bevölkerung des Kerngebietes eines imperialen Großreichs gegenüber derjenigen in den Randregionen – den Diskurs der Nationalitätsfrage in eine bestimmte Form zwingt. Letztere bekommt eine besonders starke nationale Färbung in imperialen Großreichen, die in eine Modernisierungsphase eingetreten sind und wo auf Sprache, Bildung, wirtschaftliche Entwicklung usw. bezogene politische Maßnahmen sowohl auf die Eliten wie auf größere Teile der übrigen Bevölkerung einen starken Einfluß nehmen. Zugleich stehen diese Maßnahmen in Zusammenhang mit einer national-territorialen Politik, durch welche insbesondere eine Grenzziehung zwischen den innerstaatlichen „Ländern“ durchgesetzt werden soll. Das heißt, wir haben es hier mit Fällen der Nationalitätsproblematik zu tun, die sich besser mit Hilfe des modernistischen, und weniger gut mit dem perennialistischen und postmodernistischen Ansatz interpretieren lassen.

Kommen wir zu einigen Schlußfolgerungen. Vieles am Nationalismusdiskurs in den Gebieten der einstigen UdSSR ist sehr jungen Datums. Es gibt da nationale Bewegungen, die auf jahrhundertealte kulturelle wie politische Bezugspunkte aufbauen können (Litauen, Finnland), aber es gibt auch solche, die kaum in die Zeit vor 1917 zurückreichende historische Referenzen besitzen und deren nationale Identität in den kulturellen und politischen Gegebenheiten der UdSSR gründet. Doch auch in solchen Regionen entwickelte sich – wenn auch erst seit den späten achtziger Jahren – eine rege nationale Bewegung aus den Aktivitäten kleinerer Dissidentengruppen. Und schließlich gab es noch die vereinzelt auftretenden, in die Zeit des Zusammenbruchs der zentralen Staatsmacht fallenden, nationale Massenbewegungen bewirkenden ethnischen Spannungen, wie z.B. die Spaltung von Aserbaidschan und Armenien. Der perennialistische Ansatz verspricht hier also keine Lösung. Das abrupte Aufkommen sowie der anschließende innere Wandel dieser Bewegungen und ihrer Programme, könnten den postmodernen Ansatz als Interpretationsmodell geeignet erscheinen lassen, da dieser mit dem jeweils eigenen Charakter und der Schnellebigkeit der politischen Diskurse und deren Möglichkeit rechnet, aus ungefestigten Identitäten kollektive Bewegungen zu erzeugen. Sollten jedoch diese Diskurse und der Wandel, dem sie unterliegen, nicht in einen größeren Kontext gestellt werden können (unabhängig davon, ob es sich dabei um weiterführende Diskurse oder etwas gänzlich Neues handelt),

muß man sich mit den geschlosseneren, deskriptiven hermeneutischen Erklärungen begnügen, mit denen dieser breite Zugang verbunden ist.

Man kann indessen eine kontextualisierende Betrachtung vornehmen, die die schöpferische und signifikante Rolle des Diskurses in nationalen Bewegungen nicht verneint, aber den Akzent auf die Situation legt, in der solche Diskurse auftreten und als politischer Rückhalt funktionieren können. In diesem Fall sind die zentralen Merkmale der Situation der Zusammenbruch des Reiches und die Abtretung der Macht an andere Territorien innerhalb dieses Reiches vor. Die allgemeine Logik dieses Prozesses wurde bisher am schärfsten von der vergleichenden politischen Soziologie entwickelt.¹³ Dennoch glaube ich, daß man etwas weiter gehen muß, um bei Vorgängen dieser Art von einer nationalen Bewegung (und nicht von anderen Interessen und Bewegungen, die beim Zusammenbruch von Reichen die Macht ergreifen) sprechen zu können.

Da wäre vor allem das moderne Staatssysteme bestimmende Prinzip der Territorialität. In der Neuzeit werden Grenzlinien mit größter Genauigkeit gezogen. Sie trennen souveräne Gebilde voneinander und markieren verschiedene militärische, steuerrechtliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Systeme. In derart präzise abgegrenzten Territorien müssen rivalisierende Eliten Wege der Kooperation finden, um Macht zu bekommen bzw. um ihre vorhandene Macht zu verteidigen. Der Territorialdiskurs liefert nicht nur die Grundlage für Modalitäten des Zusammenwirkens von Elitengruppen im Kampf gegen das frühere imperiale System, er schafft auch die Ausgangsbasis für den Aufruf zur Einheit der verschiedenen, in dem jeweiligen Territorium ansässigen Gruppierungen; und nicht zuletzt schafft er die Voraussetzung für einen Dialog mit Drittstaaten, die aufgrund der Herrschaft über ein nationales Territorium selbst Legitimität beanspruchen. Klar abgegrenzte Territorien, die als solche schon innerhalb des sowjetischen Imperiums bestanden hatten (wie die Staaten des Warschauer Paktes, die erst in jüngster Vergangenheit angeschlossenen Baltischen Staaten oder die nichtrussischen Republiken), waren für politische Bewegungen und Diskurse dieser Art am besten geeignet. Wo ethnischer Nationalismus eine territoriale Desintegration nach sich zu ziehen drohte (wie z.B. durch Vereinigung mit einem größeren „National“ Staat und/oder durch die Sezession ethnischer oder nationaler Minderheiten), wurde auf der Grundlage einer staatsbürgerlich-territorialen Nationalitätsauffassung auf Koordination der Eliten gedrängt.¹⁴ Umschwünge zum ethnischen Nationalismus hatten in den betroffenen Gebieten wenig mit einer stark

13 Eine gute Einführung in diese Thematik gibt A. J. Motil in seinem Aufsatz *From Imperial Decay to Imperial Collapse. The Fall of the Soviet Empire in Comparative Perspective*, in: R. L. Rudolph/D. F. Good (Hrsg.), *Nationalism and Empire. The Habsburg Empire and the Soviet Union*, New York 1992, S. 15-43.

14 Dieser Prozeß ist vergleichbar mit den Grenzziehungsmethoden der Kolonialstaaten in Afrika Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts. Bis heute bestimmen diese Grenzen die Politik.

verwurzelten ethnischen Identität zu tun. Vielmehr ging es um die Suche nach effektiven, die Öffentlichkeit mobilisierenden Diskursen, da die UdSSR die Institutionalisierung des politischen Pluralismus blockiert hatte und somit kaum noch institutionelle Grundlagen für eine flächendeckende und das Volk ansprechende nationalistische Politik vorhanden waren.

Ein detaillierter Vergleich müßte freilich auch über den rein politischen Bereich hinausgehen und Faktoren wie den Zugang zu militärischer und bürokratischer Macht, die bei der Durchsetzung bzw. Blockierung der marktwirtschaftlichen Reformen auftretenden Interessen, den Grad der Russifizierung, die verschiedenen Möglichkeiten, über Emigranten und ein anziehendes Image positive Verbindungen mit dem Westen aufzunehmen, und vieles andere mehr berücksichtigen. Mir scheint, daß weder der perennialistische noch der postmodernistische Ansatz hier viel nützen und nur ein Ansatz hilfreich ist, der die politische Situation – d.h. den Zusammenbruch der imperialen Herrschaft – in den Mittelpunkt der Untersuchung stellt und insbesondere die modernen Merkmale dieser Situation herausstreicht – d.h. das national-territoriale Prinzip, die Rolle des Nationalismus bei der Koordinierung der Eliten und der Mobilisierung der Öffentlichkeit, aber auch die angestrebte Legitimation der Nachfolgestaaten durch den Westen.

VI. Die nationalen Bewegungen des 19. Jahrhunderts und die postsowjetischen nationalen Bewegungen im Vergleich

Die nationalen Einigungsbewegungen des 19. Jahrhunderts in Europa können nicht – wie dies bei den postsowjetischen nationalen Bewegungen der Fall ist – über die Logik des Zerfalls von Imperien unter den Bedingungen der Moderne analysiert werden. Es gibt allerdings ein verbindendes Glied, das sich auf den Zerfall des Habsburgerreiches bezieht. In Deutschland wie in Italien hatten die Habsburger versucht, ein Kontrollsystem aufrechtzuerhalten, das weder im klassischen Sinne imperial, noch durch die Idee einer Vielzahl souveräner Staaten verknüpft war. Im Falle Deutschlands hatte der Kanzler Metternich Absprachen mit Preußen und den politischen Organen des Deutschen Bundes dazu benutzt, den österreichischen Einfluß über das gesamte „nationale“ Territorium aufrechtzuerhalten. Was Italien betrifft, so geschah dies durch die Besetzung der Lombardei und Venedigs sowie durch eine Mischung aus militärischer Intervention und Hilfeleistung in den mit Österreich paktierenden Kleinstaaten im zentralen und südlichen Teil der Halbinsel.

Solche Kontrollmethoden wurden nun obsolet.¹⁵ Jetzt wurde politische Autorität mit souveräner Befehlsgewalt über die gesamte Bevölkerung ei-

15 Genaueres hierzu (insbes. im Hinblick auf Deutschland) in meinem Buch *The Formation of the First German Nation-State 1800–1871*, London 1996; ebenso in mehr theoretischer Form in meinem Essay *Sovereignty and Boundaries. Modern State Formation*

nes bestimmten Gebietes gleichgesetzt und betraf den Kriegsdienst, die Besteuerung des einzelnen, die Durchsetzung von Zollgrenzen sowie die gesetzliche Verankerung gleicher staatsbürgerlicher Rechte für alle. Ein Großreich mit seinem informellen Verwaltungsstil hatte diesen Veränderungen nichts entgegenzusetzen. Andererseits waren die vielen Satellitenstaaten aufgrund der kleinen Fläche ihres Gebietes und ihrer Abhängigkeit von ihren Nachbarn außerstande, viele dieser Funktionen selbst zu übernehmen und verloren daher an Rückhalt in der eigenen Bevölkerung. Westliche Nationalstaaten wie Großbritannien und Frankreich betrachteten solche Kleinststaaten als Absurditäten. Aber die Eliten dieser kleinen Staaten begannen im Sinne einer „nationalen“ Zielsetzung zusammenzuarbeiten. Die positiven Auswirkungen dieses Prozesses waren in Deutschland besonders deutlich, weil es hier Institutionen gab, gegen welche – bzw. mit deren Hilfe – diese Eliten aktiv werden konnten. Daher waren nationale Bewegungen in Deutschland auch viel erfolgreicher als in Italien. In Deutschland gelang es nicht nur, den imperialen Einfluß Österreichs zu beseitigen (in Italien würden Frankreich und Preußen dies tun müssen), sondern – nach der Bildung eines einzigen, zusammenhängenden „nationalen“ Staates – auch eine effektive Nationalisierung von Staat und Gesellschaft durchzusetzen.

Obwohl auf ganz andere Weise als im Falle der postsowjetischen nationalen Bewegungen, war daher der Grundsatz vom staatsbürgerlich-territorialen Nationalstaat auch bei den nationalen Einigungsbewegungen Deutschlands und Italiens das tragende Element. In dieser frühen Phase stand das territorialstaatliche Prinzip für populäre und demokratische Entwicklung sowie für die sich aus Industriekapitalismus, parlamentarisch-bürokratischer Staatsverwaltung und den Institutionen der *civil society* ergebenden staatspolitischen Trennung von Wirtschaft, Politik und Kultur. Die UdSSR hatte sich zwar um eine allgemeine Modernisierung des eigenen Staates auf der Grundlage von Industrialisierung und Bürokratisierung bemüht, dabei aber den ökonomischen und politischen Pluralismus und das Aufkommen einer *civil society* übergangen. Erst mit dem Zerfall dieses Staates erschienen Marktreform und politischer Pluralismus wieder auf der Tagesordnung. Zugleich aber brachte der Zusammenbruch des alten Imperiums einen Machtzuwachs in den nationalen Territorien, die das Imperium gebildet hatten. Diese Merkmale der Moderne wurden nun gegen die UdSSR eingesetzt und ließen die postsowjetischen nationalen Bewegungen und die Nachfolgestaaten entstehen.

Die erfolgreichen nationalen Einigungsbewegungen im Europa des 19. Jahrhunderts hatten vollkommen andere Voraussetzungen als der postsowjetische nationale Separatismus im heutigen Europa. Dennoch, so würde ich schlußfolgern, bieten allgemeine, moderne Merkmale der jeweiligen

and National Identity in Germany, in: M. Fulbrook (Hrsg.), *National Histories and European History*, London 1993, S. 94-110.

Situation – vor allen Dingen die Eignung des nationalen Arguments zur Erlangung der territorialen Staatlichkeit unter modernen Bedingungen – den besten Weg zum Verständnis für die Entwicklung wie den Erfolg dieser nationalen Bewegungen.

VII. Schlußfolgerung. Nationale Bewegungen verstehen lernen

Man könnte mir vorwerfen, meine Argumentation drehe sich im Kreise. Die Untersuchung sich schnell wandelnder politischer Bewegungen begünstigt einen analytischen Ansatz, der mit „rein“ politischen Begriffen arbeitet und auf die Erfassung der „Oberfläche“ abzielt, der den politischen Kontext erfaßt und weniger nicht-politische Merkmale, wie die von Nationalisten gebrauchte Sprache oder die tieferliegenden Wurzeln nationaler Identität, aus welchen nationalistische Bewegungen ihre Nahrung beziehen. Ich würde diesem Urteil zum Teil sogar zustimmen, doch zugleich betonen, daß die Untersuchungsmethode dem jeweiligen Forschungsgegenstand angepaßt sein muß. Hätte ich z.B. stets nur den linguistischen Aspekt oder die tieferliegenden Schichten der nationalen Identität in den Vordergrund gerückt, wäre vermutlich nicht viel über die spezifisch politischen Aspekte einer nationalen Bewegung ans Tageslicht gekommen. Jedenfalls muß *auch* auf den schöpferischen, wandelbaren und meist irreversiblen Charakter politischer Ereignisse hingewiesen werden. Wo der Zerfall eines Staates in seine „nationalen“ Bestandteile Zonen politischer Schwäche erkennbar macht (wie z.B. in der früheren jugoslawischen Republik Bosnien), haben Gewalt, Eingriffe in den politischen Machtapparat der nationalen Republiken, das Emporkommen bisher marginaler Eliten sowie ethnische Säuberungswellen sehr schnell alle nicht wirklich gefestigten, auf einer staatsbürgerlich-territorialen Identität fußenden politischen Institutionen so gründlich zerstört, daß es keinen Weg zurück zu geben scheint. So erweisen sich die wechselnden Zwänge der Politik als diejenigen Kriterien, nach welchen Nationalität erinnert wird, aber auch als die Grundlage dafür, wie man über sie spricht. Damit wird Nationalität gewissermaßen „Ereignis“ und ist nicht das Produkt eines Diskurses oder der Geschichte.¹⁶ Es gibt so etwas wie eine Häufung von Schlüsselereignissen, die noch für lange Zeit als Ausgangsbasis für „Nationalität“ ihre Wirkung tun.

Gewiß mag eine Geschichte von vorausliegender nationaler Identität und die Konstruktion von Diskursen, die sich auf neue Weise an diese Identität richten, eine gewisse Rolle spielen, aber ich kann einem Ansatz nichts abgewinnen, der solche Zusammenhänge in den Vordergrund rückt, nicht aber die „rein“ politischen Phänomene des Niedergangs eines Staa-

16 Aus diesem Grunde bleibt zu untersuchen, wie nationale Strukturen und Werte aus Ereignissen erwachsen, und zwar unter denselben Gesichtspunkten, die William Sewall jr. im vorliegenden Heft zur Sprache bringt.

tes, der Machtverschiebung zu neuen Eliten auf der Ebene nationaler Republiken und, unter bestimmten internationalen Bedingungen, des Einsatzes dieser Macht zur Herbeiführung neuer politischer Realitäten. Zweifellos gibt es für deren Zustandekommen einige grundlegende Bauelemente (eine gemeinsame Sprache, eine schon vorher vorhandene nationalistische Dissidentenbewegung, eine Geschichte von Nationalitätenkonflikten) – etwas also, auf das das Prinzip der Differenz („wir“ vs. „die anderen“) bezogen werden kann. Aber solche Dinge liegen meistens nur in Rudimenten vor, sind beinahe immer jungen Datums und, da sie mit bestimmten Interessen und politischen Gegebenheiten zusammenhängen, selbst kontroverser Natur und bedürfen viel organisatorischer und ideologischer Arbeit, um in eine effektive politische Aktion einzumünden; darüber hinaus sind gerade hier rasche politische Veränderungen zu erwarten, da man es mit einer Vielzahl von Identitäten zu tun bekommt, an die appelliert werden kann und die in Bewegung gesetzt werden können. Auch existieren vor diesem Hintergrund zahlreiche Diskurse, und der Versuch, herauszufinden, welche davon nützlich sein könnten, heißt stets, über diese Diskurse hinaus auf deren Kontext zu achten.

Der Kritik, ich würde mich auf die Oberfläche, auf die rein politische Situation konzentrieren, möchte ich den Hinweis entgegenhalten, daß meine Analyse mehr als nur einfache Kontextualisierung ist. Ein kontextualisierender Ansatz kann nur beschreibend sein und sich auf die Erzählung von Fällen stützen. Eine „vollständige“ Darstellung jeder einzelnen nationalistischen Bewegung müßte freilich diese Richtung einschlagen. Mein Anliegen ist jedenfalls, einige grundlegende Voraussetzungen aufzudecken, aufgrund derer sich erfolgreiche nationale Bewegungen in weit auseinanderliegenden Epochen und unter sehr verschiedenen Bedingungen entwickeln.

Die Unterschiede zwischen solchen Bewegungen sind in der Tat enorm. Neben den zeitbedingten Unterschieden ist auf die sehr andersartige politische Dynamik von einigungsorientierten und separatistischen nationalen Bewegungen zu achten. Auf nationale Einigung abzielende Bewegungen sind verhältnismäßig selten, da hier grenzüberschreitende Koordinierungs- und Mobilisierungsmaßnahmen notwendig sind und immer die Kraft eines „Führerstaates“ gebraucht wird (Preußen und Piemont; Ghana während der frühen Phase des Panafrikanismus; Ägypten für den arabischen Nationalismus zur Zeit Nassers). Separatistische Bewegungen sind viel häufiger, stützen sich oft auf ein ganzes Arsenal schon vorhandener Gegebenheiten in einem der Kontrolle eines Großstaates unterliegenden Gebiet und bilden das unausweichliche Nebenprodukt imperialen Niedergangs und Zerfalls.

Nichtsdestoweniger fällt die allgemeine Notwendigkeit auf, staatliche Macht auf einer deutlich umrissenen territorialen Grundlage zu organisieren und nationale Bewegungen auf dieser Grundlage aufzubauen, die das nationale Argument benutzen, um verschiedene Eliten zusammenzuführen, breitere Bevölkerungsschichten zu mobilisieren sowie Anerkennung und

Unterstützung durch äußere Mächte zu gewinnen. Gleichermäßen auffällig erscheint mir, wie wichtig institutionelle Vorkehrungen für die Durchführung dieser Maßnahmen sind und welche katastrophale Folgen bei ihrem Fehlen erwartet werden müssen – nämlich unkontrollierter Gewalt und der Appell an nicht-institutionalisierte Formen ethnischer Identität. Die Zerstörung vieler veralteter Staaten im Europa des 19. Jahrhunderts oder der Zusammenbruch der imperial-kommunistischen Macht im späten 20. Jahrhundert haben den Aufstieg solcher national-territorialer Bewegungen begünstigt.

Die Bedeutung von Institutionen kann ich gar nicht stark genug betonen. Zeiten politischen Zusammenbruchs führen ganz automatisch zur Zerstörung vieler staatlicher Institutionen (wie z.B. in den vielen deutschen und italienischen Kleinstaaten und jenen des deutschen Bundes; aber auch die der habsburgischen Machtstrukturen in der Lombardei und Venedig, sowie der Kommunistischen Partei und der mit dieser in Verbindung stehenden Sicherheits- und Wirtschaftsorgane in der UdSSR). Nationale Bewegungen sind nicht selten von dem verzweifelten Wunsch beseelt, alternative Einrichtungen zu diesen Institutionen zu schaffen, um die für die Weiterführung sozialer Funktionen erforderliche Minimalordnung zu gewährleisten. Bis zu einem gewissen Grade bauen diese Alternativrichtungen auf schon existierenden Institutionen auf (so wurden z.B. Preußens Institutionen in andere Gebiete Nord- und Mitteldeutschlands „exportiert“, oder nationale Republiken übernahmen Institutionen der früheren UdSSR), müssen aber auch durch neue (z.B. Parlamente oder Präsidentschaften) ergänzt werden. Besonders dort, wo keine eindeutige Machtkonzentration anzutreffen ist, wird es überlebensnotwendig, daß solche Bewegungen ausreichende Zustimmung der Eliten, Massenunterstützung und äußere Anerkennung aktivieren können, um für die modifizierten oder neuen Institutionen Raum zu schaffen und sie zum Funktionieren zu bringen.

So manche der hier wiedergegebenen Beobachtungen mögen sich aus der ununterbrochen von Störungen heimgesuchten Seinsweise des Menschen ergeben. Feste Fundamente, auf die wir uns verlassen können, gibt es nicht. Daher mag man sich postmodernistischen Analysemethoden zuwenden. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß die von mir beschriebenen Situationen nicht „normal“ sind und auch nicht als normal erlebt werden. Menschen in solchen Situationen sind verzweifelt darum bemüht, eine gewisse Stabilität wiederherzustellen. Der Mensch hat eine große Begabung, Regelmäßigkeiten und Verhaltensmuster für seine Beziehungen mit seinen Mitmenschen zu bestimmen, d.h. zu institutionalisieren. In den meisten Fällen werden dabei zwischen verschiedenen Gruppen Kompromisse geschlossen, wenn diese erkennen müssen, daß keine von ihnen auf sich allein gestellt ihren Willen durchsetzen kann; es handelt sich also nicht um das Ergebnis eines ausgewogenen institutionellen Gefüges oder um das, was früher gern als „Staatsbildung“ bezeichnet wurde. Sobald funktionierende Institutionen eingerichtet sind, entstehen Gewohnheiten. Eine sich

aus dem Vorhandensein eines Nationalstaates ergebende nationale Identität ist oft nichts anderes als die Summe solcher Gewohnheiten.

Daher möchte ich mich für das Verständnis nationaler Bewegungen in Zeiten raschen Wandels und der Krise – aber auch in bezug auf das Phänomen der Institutionalisierung und Prägung einer nationalen Identität – zugunsten eines Ansatzes aussprechen, der von der politischen Veränderung ausgeht. Ich spreche von einem Ansatz, der insofern pluralistisch ist, als er den politischen, militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Machtfaktoren eine relative Bedeutung beimißt, der eher situational als primordialistisch ist, zugleich aber die modernen Merkmale der Situation herausstellt – vor allem das territorial-partizipatorische Staatskonzept – und das konstante Streben nach Errichtung funktionsfähiger Institutionen unterstreicht. Ein Ansatz wie dieser kann m.E. nur auf der Grundlage des Vergleichs entwickelt werden, wobei ein konzeptuelles Raster zum Einsatz zu bringen ist, das auch im Hinblick auf andere Fälle nationaler Bewegung das Vorhandensein ähnlicher Beziehungs- und Handlungsmuster bekräftigt und den Forscher zwingt, darüber nachzudenken, weshalb diese Muster überall wiederkehren und eine so zentrale Rolle spielen.

Aus dem Englischen von Ingrid I. Racz